

Haussmann, Helmut; Roth, Wolfgang

Article — Digitized Version

Investitionshilfen für Ostdeutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Haussmann, Helmut; Roth, Wolfgang (1990) : Investitionshilfen für Ostdeutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 10, pp. 495-499

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136684>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Investitionshilfen für Ostdeutschland

Die wirtschaftliche Zukunft der fünf neuen deutschen Bundesländer hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der Investitionen in diesem Raum ab. Wie kann die Wirtschaftspolitik einen raschen Kapitalzustrom fördern? Reichen die bereits eingeleiteten Maßnahmen aus?

Helmut Haussmann

Die Voraussetzungen für einen breiten Investitionsstrom sind geschaffen

Mit der deutschen Einheit hat die ehemalige DDR den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft ohne jede Einschränkung erhalten. Diese historisch bisher einmalige, rasche und konsequente Überführung eines planwirtschaftlichen Systems in den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft war eine enorme Leistung. Hält man sich dies vor Augen, und denkt man zurück an die wirtschaftspolitische Diskussion dieses Frühjahrs, so muten einem die jetzt in manchen Diskussionsbeiträgen aufscheinenden Zweifel an der ordnungspolitischen Gradlinigkeit und Standhaftigkeit der Bundesregierung schon etwas wirklichkeitsfremd an.

Natürlich ist das ordnungspolitische Soll noch nicht erfüllt. Der Erwerb von Eigentum an Grund und Boden für die Errichtung neuer Produktions- und Vertriebsstätten und als Beleihungsgrundlage ist in den neuen Bundesländern noch nicht problemlos möglich. Kommunale und Länderverwaltungen funktionieren noch nicht oder nicht nach gewohnten bundesdeutschen Maßstäben. Wettbewerb, der Preise drückt, Qualität hebt und die Versor-

gung verbessert, existiert längst noch nicht überall. Umweltaltlasten erschweren die Ansiedlung neuer Betriebe. Ich betrachte es als die gegenwärtig wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe, diese Investitionshemmnisse zu beseitigen, damit die in der ehemaligen DDR schlummernden Produktivitäts- und Leistungsreserven geweckt werden können.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch anerkennen, daß die konsequente Einführung der Marktwirtschaft und die abrupte Marktöffnung zu einem Wettbewerbs- und Anpassungsdruck in den neuen Bundesländern geführt haben, der für das gesamte Beitrittsgebiet – ob mehr agrarisch oder mehr industriell strukturiert – und für die dort lebenden Menschen Lasten mit sich bringt, die sie alleine nicht bewältigen können. Die aktuellen Wirtschaftsdaten – starker Rückgang der Industrieproduktion, 440 800 Arbeitslose und 1,77 Mill. Kurzarbeiter im September – geben einen Eindruck hiervon.

Die gesamtwirtschaftlichen Umstände erfordern flankierende Maß-

nahmen, wie wir sie im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft auch anderen Regionen des Bundesgebietes bisher immer gewährt haben, wenn wirtschaftliche Anpassungsprozesse sich zu besonderen Problemlagen kumulieren. Vor diesem Hintergrund halte ich nicht viel davon, in einen Ideologiestreit auszubrechen und gezielte Investitionsförderung gegen Verbesserungen der allgemeinen Rahmenbedingungen auszuspielen. Dies ist derzeit nicht die Alternative. Worum es allein geht, ist in den neuen Bundesländern möglichst rasch eine wettbewerbsfähige Struktur aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen zu erreichen und so unseren neuen Mitbürgern eine sichere materielle Grundlage zu bieten und ihnen Gelegenheit zu geben, ihr Leistungsvermögen und ihren Aufbauwillen unter Beweis zu stellen sowie möglichst rasch in puncto Wohlstand und soziale Sicherheit zu dem bei uns im Westen Deutschlands gewohnten Niveau aufzuschließen.

In der ehemaligen DDR haben wir es mit einem komplexen Bündel von Problemen zu tun, dem die Wirtschaftspolitik mit allgemeinen Ver-

besserungen der Rahmenbedingungen, mit niedrigen Zinsen oder mit Steuererleichterungen, die auch nur den Unternehmen nutzen, die Gewinne machen, allein nicht gerecht würde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Einführung des leistungs- und wachstumsfreundlichen Steuersystems der – alten – Bundesrepublik die wichtigste Strukturhilfe darstellt, weil sie für die Unternehmen in der – ehemaligen – DDR zu einer erheblichen Senkung der Nettoabgabenbelastung geführt hat.

**Sachgerechte
Wirtschaftspolitik**

Die der aktuellen Situation angemessene, sachgerechte und differenzierte Antwort hat die Wirtschaftspolitik längst gegeben. Mit der Einbeziehung des gesamten Gebiets der bisherigen DDR in das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei einem Höchstfördersatz von 23 %, der mit der allgemeinen Investitionszulage für die neuen Bundesländer von 12 % auf bis zu 33 % kumuliert werden kann, ist ein deutlicher Präferenzvorsprung gegenüber der bisherigen Regionalförderung in der Bundesrepublik geschaffen. Zinsgünstige ERP-Kredite und das Eigenkapitalhilfeprogramm werden dazu beitragen, daß dort wieder eine ausgewogene und vielfältige Unternehmenslandschaft entstehen kann, wo der Mittelstand aus ideologischen Gründen weitgehend beseitigt worden war.

Mit umfassenden Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen versuchen wir, enorme Lücken im technologischen, betriebswirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Know-how zu schließen. Anschubhilfen für den Aufbau eines haltbaren und leistungsfähigen sozialen Netzes entsprechen dem Grundgedanken der

Sozialen Marktwirtschaft und sind ein Gebot der Solidarität. Der Aufbau einer modernen Infrastruktur als wichtige Voraussetzung privater Investitionen ist ohnehin eine Aufgabe, die der Staat zu leisten hat. Dies schließt nicht aus, daß zu ihrer schnelleren und effizienteren Bewältigung auch private Initiative und private Formen der Finanzierung nutzbar gemacht werden sollten. Diese – nicht vollständigen – Hinweise auf investitionsfördernde Maßnahmen mögen hier genügen, um zu zeigen, daß inzwischen für die neuen Bundesländer ein wirksames aufeinander abgestimmtes und in der gegenwärtigen Situation auch ordnungskonformes Bündel von Hilfen zur Verfügung gestellt wurde.

**Die ordnungspolitische
Perspektive**

In ordnungspolitischer Perspektive stellen viele dieser Maßnahmen dennoch eine Gratwanderung dar. Subventionen bergen immer die Gefahr, falsche Strukturen zu zementieren, Eigeninitiative und Verantwortlichkeit zu ersticken, Kapital fehlzuleiten und produktive Energien bei der Suche nach neuen Fördertöpfen zu binden. Wichtig ist deshalb, daß die Hilfen zeitlich begrenzt bleiben und degressive Konditionen

wie z. B. die Investitionszulage aufweisen. Schädlich wäre auch der ständige Ruf nach neuen und umfangreicheren Maßnahmen. Mit einem Draufsatteln wäre schon bald der ordnungspolitische Rubikon überschritten und dem Investitionsattentismus Vorschub geleistet.

Ich halte es im übrigen nicht für schlüssig, auf der einen Seite ständig auf die hohen Kosten der deutschen Einheit hinzuweisen, auf der anderen Seite aber die bereits gewährten staatlichen Hilfen als unzureichend zu beklagen. Mit Detailkritik an den gewählten Fördermaßnahmen kann ich gut leben. Ein Notarzt muß aber schnelle, wirkungsvolle und praxisorientierte Hilfe anbieten können. Ein Ärztekongreß und nur langfristige Therapievorschläge sind im Fall „DDR“ fehl am Platze.

Nach überstandener akuter Krise ist allerdings ein Therapiewechsel geboten, der auf die Sicherstellung einer gesunden langfristigen Konstitution des Patienten zielt. Eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende wäre dabei allerdings wirklich die falsche Medizin. Mit ihr würde genau das verhindert, was wir jetzt am dringendsten brauchen: Leistungsbereitschaft, Mut zum unternehmerischen Engagement, einen attraktiven Investitionsstandort Deutschland. Ein wirklich nennenswertes Aufkommen wäre im übrigen nur dann zu erzielen, würden auch die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen belastet.

Ein geschlossenes Konzept

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland ist keiner der bisher für eine Unternehmenssteuerreform ins Feld geführten Gründe entfallen. Im Gegenteil: Anhaltende wirtschaftliche Dynamik in Deutschland ist das beste Stärkungsmittel für die Wirtschaft auch

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Dr. Helmut Haussmann, 47, ist Bundesminister für Wirtschaft in Bonn.

Wolfgang Roth, 49, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik.

in der ehemaligen DDR. Ich halte deshalb nicht zuletzt im Interesse wirtschaftspolitischer Verlässlichkeit und ordnungspolitischer Klarheit weiter an der Unternehmensteuerreform fest. Sie ist besonders dringlich in den neuen Bundesländern.

Mit den drei Schritten:

- schnelle Umsetzung der bereits beschlossenen Investitions- und Infrastrukturhilfen,
- Unternehmensteuerreform in den ostdeutschen Bundesländern und
- Unternehmensteuerreform in den alten Ländern der Bundesrepublik sobald wie möglich,

habe ich ein geschlossenes Konzept vorgeschlagen, das auf einen schnellen Aufschwung in der DDR durch Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in ganz Deutschland zielt. Daß wir mit dieser Mischung aus konsequenter Ordnungspolitik, günstigen Rahmenbedingungen und – wo nötig – gezielten Maßnahmen zur Investitions- und Infrastrukturförderung auf dem richtigen Weg sind, zeigt die Wirt-

schaftsentwicklung in der bisherigen DDR:

- Unternehmerisches Engagement ist bereits in großem Umfang zu verzeichnen. Die neuen Bundesländer werden nun als Produktionsstandort akzeptiert, nachdem in einem ersten Schritt kurzfristig Vertriebswege und Servicenetze aufgebaut und die notwendigen Investitionsplanungen in den Unternehmen vorangebracht worden sind.
- Der Preisindex für die Lebenshaltung lag per Juli/August 1990 um mehr als 5 % niedriger als vor Jahresfrist. Diese Tendenz dürfte sich mit intensiverem Wettbewerb noch verstärken.
- Die Güterversorgung ist gewährleistet. Anfängliche Probleme, die sich aus der alten verkrusteten Groß- und Einzelhandelsstruktur sowie einem eklatant auftretenden Mangel an Verkaufsflächen ergaben, lösen sich mehr und mehr.
- Die aus sozialistischer Mißwirtschaft resultierende Arbeitslosigkeit wird nicht von Dauer sein. Neue und

sichere Arbeitsplätze werden in zukunftsträchtigen Bereichen entstehen. Institute gehen bei ihren Schätzungen zunächst von 600 000 Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich und weiteren 400 000 im Baugewerbe aus. Das kurzfristige Gründungspotential wird auf 270 000 Unternehmen geschätzt. In den ersten sieben Monaten des Jahres wurden rund 135 000 Gewerbeanmeldungen registriert, mit beschleunigtem Tempo im Juni und Juli. Diese Zahlen werden gestützt durch die starke Inanspruchnahme der ERP-Kredite. Von Zusagen in Höhe von bisher 4,7 Mrd. DM sind nach zögerlichem Beginn inzwischen über 1 Mrd. DM ausgezahlt. Mit Hilfe dieser Fördermaßnahme allein werden über 110 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Die Wirtschaftspolitik hat also gute Voraussetzungen dafür geschaffen, daß jetzt schnell ein breiter Investitionsstrom und ein darauf aufbauender dynamischer Wachstums- und Beschäftigungsprozeß in den neuen Ländern der Bundesrepublik in Gang kommen.

Wolfgang Roth

Ein Ost-West-Gefälle vermeiden

Die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern hat sich in kürzester Frist dramatisch verschlechtert. Der Wirtschaftskreislauf ist ins Stocken geraten und unterbrochen. Bereits im 1. Halbjahr ging die Investitionstätigkeit nach DDR-Angaben um 45 % zurück. Einschließlich der 1,4 Millionen Menschen auf Kurzarbeit Null sind fast 2 Millionen Menschen ohne Arbeit. Sie werden fürs Nichtstun in ei-

nem Land bezahlt, in dem die Aufgaben riesengroß sind.

Die öffentlichen Verwaltungen in der DDR können noch nicht Ordnung im wirtschaftlichen Chaos schaffen. Ihnen fehlt qualifiziertes Personal. Ohne ausreichende eigene Einnahmen fallen sie als Auftraggeber für die kommunale Wirtschaft aus. Sie können kaum Anstöße geben, die den Wirtschafts-

kreislauf wieder in Gang setzen könnten. Während die bundesdeutsche Wirtschaft boomt, herrscht in den neuen Ländern ein Zustand der wirtschaftlichen Depression.

Die Bundesregierung war zu keinem Zeitpunkt der großen Herausforderung der Wirtschafts- und Währungsunion gewachsen. Die tieferen Ursachen der Wirtschaftskrise in der DDR liegen zwar unbestreit-

bar in der Kommandowirtschaft der SED. Die Misere aber war bekannt. Trotzdem hat die Bundesregierung den Übergang in die Marktwirtschaft völlig fahrlässig vorbereitet. Sie hat keine Brücken von der Staats- zur Marktwirtschaft gebaut.

Dabei wäre der wirtschaftliche Niedergang zu vermeiden gewesen. Aber weder die Modernisierung der Infrastruktur noch die Bereitstellung wirksamer Hilfen für Unternehmen sind rasch und unbürokratisch in Angriff genommen worden. Hier liegt das eigentliche Versagen und die Verantwortung der Bundesregierung. Dafür muß der westdeutsche Steuerzahler jetzt bezahlen.

Private Investitionen

Der Erfolg der Marktwirtschaft in Ostdeutschland und letztlich der Lebensstandard in ganz Deutschland steht und fällt mit einem umfassenden Kapitaltransfer in die frühere DDR. Die privaten Investitionen sind der Schlüssel für die wirtschaftliche Erneuerung, für den notwendigen Strukturwandel, für rasche Produktivitätssteigerungen und für mehr Wohlstand dort.

Die bisherigen Fördermaßnahmen reichen nicht aus, um die ehemalige DDR zu einem attraktiven Unternehmensstandort zu machen. Ludwig Erhard hatte Anfang der 50er Jahre drastische Investitionsförderungsmaßnahmen für die Bundesrepublik durchgesetzt. Einen wirklichen Investitionsschub können nur vergleichbar ungewöhnliche Instrumente auslösen.

So müßte Investoren wahlweise eine Sonderabschreibung in Höhe von 100% für alle Investitionen in den nächsten beiden Jahren und von 50% in den darauffolgenden beiden Jahren oder eine Investitionszulage in Höhe von 25% in der DDR für wesentliche gewerbliche Investitionen gewährt werden. Selbst-

verständlich sollten dabei aber die Bereiche, die ohne steuerliche Förderung schnell entstehen (Banken, Versicherungen, Handel), ausgenommen werden.

Dabei müssen die Fördersätze für strukturverbessernde Investitionen in der ehemaligen DDR auf jeden Fall einen deutlichen Vorsprung haben. Welcher Unternehmer investiert denn noch dort, wenn er im Zonenrandgebiet oder in Berlin-West eine fast gleich hohe Förderung erhält? Die bisher von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen reichen daher nicht aus. Auch die angekündigte generelle Investitionsförderung von 23 + 10% ist ungenügend. Wenn nötig muß die Förderung in den bisherigen Fördergebieten zurückgeführt werden. Zusätzlich sollte es einen Verzicht auf Substanzbesteuerung (Gewerbesteuer, Vermögen) bei Unternehmen in den neuen Ländern für fünf Jahre geben. Außerdem muß die Treuhandanstalt mit ausreichenden Mitteln für Umstrukturierungsinvestitionen ausgestattet werden. Auch wenn jetzt schon darüber nachgedacht wird: Eine Regionalisierung bzw. Schwerpunktsetzung der Förderung innerhalb der neuen Bundesländer halte ich angesichts der flächendeckend schlechten Lage zumindest am Anfang für nicht begründbar.

Für Kritik an Bundesminister Haussmann gibt es schon wegen des fast völligen Ausbleibens westdeutscher Investitionen im produzierenden Sektor der DDR genügend Anlaß. Aber er hat auch das viel zu langsame Anlaufen der Arbeit der Treuhandanstalt mitzuverantworten. Versagt hat der Bundeswirtschaftsminister auch bei der immer wieder besonders betonten Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Es ist ein Verwaltungsskandal, daß die Mittel des Eigenkapitalhilfeprogramms bisher nur an

34 Existenzgründer in der DDR abgeflossen sind und auch von den Mitteln des ERP-Programms weniger als 15% der vom Bundestag für dieses Jahr bewilligten Mittel abfließen konnten.

Damit hat sicher zu tun, daß es wegen der ungelösten Eigentumsfragen nahezu einen Stillstand bei neuen Ansiedlungen in den neuen Ländern gab. Nicht zuletzt die FDP selbst hatte das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung durchgesetzt. Die Unsicherheiten bei der wirtschaftlichen Nutzung enteigneter Grundstücke und Gebäude haben sehr viele Investoren zurückgeschreckt. Mit Mühe haben Sozialdemokraten im Einigungsvertrag hier für die wirtschaftliche Nutzung von Grundstücken und Gebäuden einen Vorrang durchsetzen können. Die wirksame Umsetzung vor Ort liegt nun in der Verantwortung der Bundesregierung.

Modernisierung der Infrastruktur

Die den Anforderungen einer modernen Wirtschaft nicht genügende Infrastruktur der neuen Länder (Telekommunikation, Verkehrswege, Gewerbegebiete, Energieversorgung, Ver- und Entsorgung, aber auch leistungsfähige Einrichtungen zur Wirtschaftsförderung) ist ein zentrales Hemmnis für Investitionsvorhaben. Die Bundesregierung hat zu wenig getan, um Engpässe in der Infrastruktur ab April systematisch und massiv zu beseitigen und damit zugleich auch Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts der großen Infrastrukturdefizite ist es geradezu eine Verschwendung öffentlicher Mittel, daß zehntausende von Arbeitnehmern aus der Bauwirtschaft und Handwerksbetrieben zur Arbeitslosigkeit gezwungen sind.

Die Modernisierung der Infrastruktur muß daher sofort beschleunigt werden. Projekte gibt es vor al-

lem in den Kommunen genug. Die Kommunen brauchen für ihre Investitionen einfach direkt ausreichende Finanzmittel, sonst geschieht nichts. Gleichzeitig muß man mit dem Auf- und Ausbau der gesamten wirtschaftsnahen Infrastruktur beginnen, die dazu erforderlichen Planungskapazitäten rasch schaffen und auch hier umgehend Finanzmittel bereitstellen. Betriebe brauchen Kanäle, Straßen, Elektrizität, Wasser. Die vom Bund den Ländern in der bisherigen Bundesrepublik gewährten Strukturhilfen zeigen, wie kommunale Infrastrukturinvestitionen schnell angestoßen werden können.

Administrative Hemmnisse beseitigen

Die öffentliche Verwaltung ist auf den marktwirtschaftlichen Neuanfang völlig unzureichend vorbereitet. Wirtschaftlich wichtige Entscheidungen werden zum Beispiel in Gewerbeaufsichts- und Grundbuchämtern verzögert und blockiert, weil das notwendige Fachwissen nicht vorhanden ist und Entscheidungen durch altes Denken und alte Kader in Schlüsselstellungen behindert werden. Die Standortattraktivität der DDR für Investitionen wird dadurch viel mehr behindert als die Bundesregierung wahrhaben will. Auch den Betrieben der DDR fehlen in großer Zahl qualifizierte Manager, Ausbilder und Fachkräfte, die über betriebswirtschaftliche Kenntnisse verfügen und mit westlichen Technologien und Verfahren vertraut sind.

Deshalb muß auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft ein Transfer von Fachleuten nach Ostdeutschland und parallel dazu ein Praxisprogramm für Ost-Fachleute im Westen organisiert werden. Der Bund muß die Finanzierung dieses Transfers sicherstellen und zentral organisieren.

Natürlich müssen auch Länder, Gemeinden, Verbände und Wirtschaftsunternehmen in die Pflicht genommen werden.

Angesichts der Probleme in den neuen Ländern, den Kommunen und der Mehrzahl der Unternehmen in Ostdeutschland beträgt der Bedarf an Fachleuten sicher weit über 100 000 Personen.

Wohnungsbau und Energieeinsparung

Im DDR-Gebiet fehlt Wohnraum für Millionen Menschen. Die vorhandenen Wohnungen befinden sich zu einem großen Teil in einem schlechten Zustand, selbst im Neubau mit seiner monotonen Großplattenbauweise gibt es Erneuerungsbedarf.

Durch rasches Handeln können Beschäftigung und Arbeit gesichert und geschaffen und die Wohnungssituation und Lebensqualität direkt verbessert werden. Gleichzeitig würden Energieeinsparungen und Umweltentlastungen erzielt. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, hier zu handeln und Zeichen zu setzen.

Ich halte es für notwendig, zur Instandhaltung, Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes aus öffentlichen Mitteln direkte Zuschüsse oder Zinsbeihilfen zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollen von privaten Eigentümern, Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften sowie von Mietern, die ihre Wohnung verbessern wollen, in Anspruch genommen werden können. Außerdem schlagen wir ein Sonderprogramm „Eigene Wohnung“ zur Stärkung der Eigeninitiative und der Eigentumbildung in Neubau und Wohnungsbestand vor. Insgesamt müssen die Förderkonditionen deutlich günstiger werden als vorgesehen, sonst läuft die Bundesregierung in den neuen Ländern in das gleiche wohnungs- und mieten-

politische Debakel wie bei uns hinein.

Die Gründung neuer Betriebe, insbesondere im Handwerksbereich, bietet große Chancen zur Schaffung vieler wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in der ehemaligen DDR. Dies hat auch die Bundesregierung bei jeder Gelegenheit betont. Entgegen ihrem erklärten Ziel, administrative Hemmnisse bei der Existenzgründung abzubauen, besteht sie jedoch auf der Einführung der Handwerksordnung in der DDR und darauf, bei der Gründung von Handwerksbetrieben die Meisterprüfung zu verlangen. Viele mögliche Betriebsneugründungen werden dadurch verhindert.

Deshalb sollten Handwerksbetriebe in der ehemaligen DDR bei ausreichender beruflicher Erfahrung (vier Jahre) unter vereinfachten Voraussetzungen gegründet werden können, und die Meisterprüfung nur in wenigen sicherheitsrelevanten Bereichen verlangt werden. Ausbildungsbetriebe sollten nur die Auszubildereignung nachweisen müssen und Kleinbetriebe könnten während einer Übergangszeit von der Buchführungspflicht befreit und pauschaliert besteuert werden.

Wenn endlich die Rahmenbedingungen stimmen, administrative und personelle Investitionshemmnisse aus dem Weg geräumt werden und es echte Förderpräferenzen für Investitionen in den neuen Ländern gibt, könnten in einigen Jahren die größten Umstellungsprobleme in der ehemaligen DDR gelöst sein. Dann ist damit zu rechnen, daß viele West-Unternehmen ihre Erweiterungsinvestitionen in den neuen Ländern vornehmen oder ihre Vorprodukte von dort beziehen. Eine erfolgreiche Umstellung auf wettbewerbsfähige Produktionen ist möglich. Noch können wir ein Ost-West-Gefälle vermeiden.